

Dunkelziffer Unbekannt

Rassismus & rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf

Herbst 2019



Titelbild:

22. Mai 2018

Rassistische Pöbele

Eine Frau mit drei Kindern rassistisch und sexistisch beleidigt. Der Angriff ereignete sich in der Hellersdorfer Promenade. Die Frau war mit ihren drei Kindern unterwegs, als ein Mann anfang sie rassistisch und sexistisch zu beleidigen. Eine Person solidarisierte sich mit der Angegriffenen und wurde von dem Mann körperlich angegangen. Die Polizei wurde gerufen und Anzeige erstattet.

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH

←

Impressum

Dunkelziffer Unbekannt / Heft 4
Oktober 2019

Herausgegeben von: AK Rechte Gewalt, Antirassistische
Registerstelle, AStA Alice Salomon Hochschule
Kontakt: arreg@ash-berlin.eu

V.i.S.d.P.:
B.Hahn
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

*Die Verteiler_innen des Heftes sind nicht mit den Macher_innen
identisch. Die Texte geben nur die Meinung der jeweiligen
Autor_innen wieder.*

*Wir verwenden als Geschlechterschreibweise den Gendergap
(z.B. Aktivist_innen), um der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten
und Lebensweisen Rechnung zu tragen. Das Sternchen hinter
Männer* und Frauen* setzen wir, um auf (heteronormative)
Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis zu verweisen. Die
Begriffe »Mann« und »Frau« sind kein fixen, natürlichen Kategori-
en, sondern Positionen in diesem Verhältnis.*

*Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung der
Amadeu Antonio Stiftung und dem Netzwerk Selbsthilfe Berlin.*

Editorial

27,5% in Sachsen. 23,5% in Brandenburg. Die Wahlergebnisse der AfD bei den beiden Landtagswahlen Anfang September 2019 zeigen sehr deutlich, dass sich die rechte Bewegung nicht abschwächt, sondern dass sie im Gegenteil stetig wächst.

Trotz der weiterhin inhaltsleeren und menschenverachtenden Politik der AfD wählen immer mehr Menschen diese Partei. Und die Landtagswahlen in Thüringen stehen Ende Oktober noch aus.

Willkommen zur neuen Ausgabe der Dunkelziffer Unbekannt! Nicht ohne Stolz legen wir Euch das vierte Mal ein Magazin vor, in dem wir den Blick auf rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf richten. Neben Artikeln über Antifaschistische Gemeinwesenarbeit und über die Geschichte des Zwangslagers in Marzahn werden wie gewohnt der Jahresrückblick und der Bericht des Registers vorgestellt.

Für 2018 ist hinsichtlich rechter und neonazistischer Aktivitäten zusammenzufassen, dass laut der Berliner Register die Anzahl an dokumentierten Vorfällen um 22% weiter gestiegen ist. Die Zunahme von Beleidigungen verweist auf gesunkene Hemmschwellen, Rassismus im öffentlichen Raum zu artikulieren. Für MaHe kann indes berichtet werden, dass das Level an Vorfällen stagniert, aber immerhin deutlich unter den Gewaltexzessen von 2015/2016 verbleibt. Erfreulich ist auch, dass die rassistische Mobilisierung zu Kundgebungen und Demos in MaHe aus-

gesprochen gefloppt ist. Während in Berlin diverse Akteure der Neonaziszene Demonstrationen veranstalten konnten, ist MaHe kein attraktives Spielfeld für rechte Straßenpräsenz gewesen.

Was ist noch im letzten Jahr passiert? Zu 2018 gehört auch eine merkwürdige Debatte, ob mit Nazis geredet werden sollte. Es gab auch bestes Coaching aus der Politik, wie man als rechte Partei der Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgeht. Außerdem Urteile im NSU-Prozess und die Ereignisse in Chemnitz und darauf folgende Vorkommnisse im Feld sexistisch-rassistischer Mobilisierungen.

Es konnten allerdings auch neue zivilgesellschaftliche und mobilitätsstarke Bündnisse geschlossen werden. Auf unserem Wunschzettel für dieses Jahr steht in dicken Lettern »No Pasaran!« Da muss doch noch mehr gehen! Deswegen laden wir weiterhin dazu ein und fordern auf, sich der gesamtgesellschaftlichen Normalisierung rechter, rechtspopulistischer und neonazistischer Positionen entgegenzustellen! Nichts an diesem Scheiß ist als Normalzustand auszuhalten und hinzunehmen. **Wir wollen andere, solidarischere Zustände!**

Zum Schluss ein großer Dank an die vielen helfenden Hände, kreativen Köpfe und Autor_innen!

AK Rechte Gewalt, Antirassistische Registerstelle und AStA der ASH, Oktober 2019



←

16. Januar 2018

Diskriminierung eines Rumänen im Jobcenter

Ein Familienvater aus Rumänien wendete sich mit einem Ablehnungsbescheid vom Jobcenter Marzahn-Hellersdorf an Amaro Foro. Die Ablehnungsbegründung lautete folgendermaßen: "Am 7.9.2017 erschienen Sie, ihre Ehefrau und Ihre 8 Kinder in Begleitung eines Dolmetschers zu einem persönlichen Gespräch im Jobcenter Marzahn-Hellersdorf. In diesem Gespräch wurde festgestellt, dass weder Sie noch Ihre Ehefrau die deutsche Sprache beherrschen. Sie und ihre Ehefrau verfügen weder über einen Schulabschluss noch einen Berufsbildungsabschluss. In Ihrem Heimatland Rumänien haben Sie und Ihre Familie bereits von staatlicher Unterstützung gelebt. In Anbetracht dieser Tatsache besteht für Sie wenig Aussicht auf einen Arbeitsplatz, mit dessen Einkommen der Lebensunterhalt der gesamten Familie abgesichert werden könnte. Sie zogen nach Deutschland und mieteten ab 15.7.2017 eine Wohnung an. Erwerbseinkommen stand Ihnen zu diesem Zeitpunkt nicht zur Verfügung. Es muss Ihnen bereits zu diesem Zeitpunkt bewusst gewesen sein, dass Sie ohne Sozialleistungen Ihren Lebensunterhalt nicht sicherstellen können. Zum 1.8.2017 haben Sie einen Arbeitsvertrag über eine geringfügige Tätigkeit abgeschlossen und haben Ihre Familie am 4.8.2017 nach Deutschland geholt. Sie, Ihre Ehefrau und ihre 8 Kinder haben keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, weil ein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland allein zum Zwecke der Arbeitssuche besteht. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die eine andere Entscheidung zulassen. Ihre Familie und Sie verfügen weder über ein Daueraufenthaltsrecht noch sind Sie als Familienangehörige eines anderen freizügigkeitsberechtigten EU-Bürgers nach Deutschland eingereist. Des Weiteren sind weder Ihre Frau noch Sie Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 SGB II. Sie haben zwar nachgewiesen, dass ein geringfügiges Arbeitsverhältnis besteht. Das Erwerbseinkommen aus Ihrer Erwerbstätigkeit reicht jedoch nicht annähernd dazu aus, den Lebensunterhalt Ihrer Familie abzusichern. Arbeitnehmer im Sinne SGB II ist nicht, wer die Tätigkeit nur zum Zwecke des ergänzenden Sozialleistungsbezugs aufgenommen hat." Das Schreiben wurde am gleichen Tag einer Anwältin zugeschickt, die daraufhin bestätigte, dass das Jobcenter Marzahn-Hellersdorf hier offen rassistisch und nach EU-Recht völlig falsch argumentiert.

Quelle: Amaro Foro

Inhalt

Das Zwangslager für Sinti_ze und Rom_nja in Berlin-Marzahn06

Die Antirassistische Registerstelle Marzahn-Hellersdorf.....12

Registerbericht Jahresrückblick 201814

»Antifa bleibt Handarbeit« - zu antifaschistischer Gemeinwesenarbeit.....22

Das Projekt EmpA - Empowerment, Sensibilisierung und antirassistische Öffnung26

Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf27

Das LaLoka wiedereröffnet28

»Immer wieder?« - Die Ausstellung thematisiert die Kontinuität der extremen Rechten.....30
und gesellschaftlicher Gegenwehr in Berlin

Das Zwangslager für Sinti_ze und Rom_nja in Berlin-Marzahn

Marzahn, S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße: Vom Bahnsteig aus sind bereits die Gedenktafeln auf dem Otto-Rosenberg-Platz zu sehen. Auf Initiative des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e.V. entstand hier 2011 eine Gedenkstätte auf dem ehemaligen Gelände des Zwangslagers für Sinti_ze und Rom_nja. Zwischen 1936-1947 wurden dort ca. 1200 diffamierend als »Zigeuner«¹ bezeichnete Personen interniert; darunter Otto Rosenberg († 2001) der ehemalige Vorsitzender des Landesverbands. Er wurde im Zwangslager festgehalten, rassifizierenden Untersuchungen unterzogen und ins KZ deportiert. Er kämpfte danach Zeit seines Lebens für die Anerkennung und Rechte seiner Minderheit (vgl. Enzensberger, 2002).

Die der Registerstelle gemeldeten Vorfälle gegenüber Siti_ze und Rom_nja zeugen von dem Rassismus, den diese Gruppen heute weiterhin erleben. Die themenbezogene Auseinandersetzung im Seminar von Isidora Randjelović und eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Todestages des im Zwangslager internierten Boxers Johann Trollmann hat uns nun dazu bewegt hier in der Dunkelziffer unbekannt einen Artikel über die Geschichte des Lagers zu veröffentlichen.

Patricia Pientka veröffentlichte über das Zwangslager ein 2013 erschienenes Buch, welches auf intensiver Archiv- und Literaturrecherche basiert und an die Arbeit von Reimar Gilsenbach anknüpft. Dieser hat sich in der jungen DDR unter anderem für die Entschädigung ehemaliger Internierter eingesetzt und durch

den persönlichen Kontakt viele wichtige, bis dato nur mündlich existierende Quellen archivieren können (vgl. Pientka, 2013: 8).

Verfolgung und Errichtung des Lagers

Den zeitlichen Anlass zur Errichtung des Zwangslagers für Sinti_ze und Rom_nja boten offensichtlich die in Berlin stattfindenden Olympischen Spiele 1936. Dies war jedoch nur möglich aufgrund der intensiven Vorbereitung des sogenannten Hauptwohlfahrtsamtes und der örtlichen Polizei, bereits ab dem Jahre 1934 (vgl. Pientka, 2013: 32 ff). Diese knüpften wiederum an die gesammelten Informationen preußischer Polizeibeamten an, welche auf antiziganistischen Stigmata fußten (vgl. ebd.: 203). In der Auseinandersetzung mit der Verfolgungsgeschichte der Sinti_ze und Rom_nja in Berlin wird auch hier deutlich, dass dies nicht nur durch wenige federführende Funktionäre der NSDAP geschah. Getragen und möglich wurde die Umsetzung der Verfolgungsmaßnahmen durch Mitwirken aller behördlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft.

Für die Umsetzung jener auf kommunaler Ebene geschmiedeten Pläne gab der nationalsozialistische Politiker W. Frick, einer der Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Sinti_ze und Rom_nja, im Juni 1936 den politischen Startschuss. In dem von ihm verfassten Runderlass bezog er sich auf die im Vorjahr erlassenen Nürnberger »Gesetz(e) zum Schutz des deutschen Blutes

¹ Auf die rassifizierende Fremdbezeichnung als »Zigeuner« (https://inirromnja.files.wordpress.com/2013/02/zigeuner_1_-endfassung.pdf [09.09.2019]) wird im weiteren Verlauf weitestgehend verzichtet aufgrund ihres beleidigenden diskriminierenden Charakters.

und der deutschen Ehre« (vgl. Pientka, 2013: 36). Sein formuliertes Ziel war dabei die »Sesshaftmachung« jener ins Raster fallenden Personen, um die polizeiliche Überwachung zu erleichtern. Darauf folgte der Befehl der Schutzpolizei an die örtlichen Beamten zur »Überführung der Zigeuner aus Groß-Berlin auf den Rastplatz in Marzahn« (ebd.). So wurde das Gelände des Zwangslagers genannt, welches vom Bezirk zur Verfügung gestellt wurde. Am Tag vor der Verhaftungsaktion wurde noch durch eine Verordnung der Rahmen für die polizeilichen Maßnahmen gesteckt, welcher die Verhaftungen der jeweiligen Personen ermöglichte (vgl. ebd.: 40). Dem sogenannten »Landesfahndungstag« schloss sich die Stadt Frankfurt am Main an. Berlin galt später in der Verfolgung von Sinti_ze und Rom_nja als »Vorbild« für andere Reichsstädte. Daraufhin wurden 600 Menschen festgenommen und auf das Gelände gebracht.

Es handelte sich dabei um eine Brachfläche zwischen Bahngleisen und Feldern zur Aufbereitung der städtischen Abwässer, wodurch das Grundwasser stark verunreinigt war. Davor wurde es zur Ablagerung von Fäkalien genutzt (vgl. Witthohn, 1989: 70). Später wurde behauptet, die Personen hätten sich nicht aus Zwang dort angesiedelt, was für Menschen im Kampf um Wie-

2. März 2018

Schülerin rassistisch beschimpft und bedroht

Auf dem Heimweg von einer Grundschule in eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge wurde eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern vor einem Imbiss von einem Mann mit einer Bierflasche in der Hand beschimpft und bedroht. Zuerst beleidigte er die Gruppe mit Ausdrücken wie »Scheiß Syrien« und bedroht sie. Als eine Schülerin aus der Gruppe dem Mann widersprach, beschimpfte dieser die Schülerin auf üble Art und Weise. Als der Mann ihr dann Schläge androhte, ergriff die Schülerin die Flucht.

Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

↓



dergutmachung perfide erscheinen muss. Weder für sanitäre Einrichtungen noch die schulische Ausbildung der Kinder wurde gesorgt, außerdem mussten die Menschen sich selbst versorgen, obwohl sie Zwangsarbeit verrichteten und somit kein wirkliches Einkommen hatten. Durch die menschenunwürdigen Verhältnisse im Zwangslager, die hohe Sterberate bei Kindern und zahlreiche Deportationen (überwiegend von Männern) schwankte die Zahl der Internierten zwischen 400 bis 800 ständig Internierten (vgl. ebd., 1989: 71). Kinder mussten bereits ab dem 13. Lebensjahr Zwangsarbeit verrichten. Die Internierten waren im Zwangslager außerdem der allgegenwärtigen Gewalt und Drangsalierung von Seiten der Kriminalpolizei ausgesetzt, die als Wachen eingesetzt waren. Dies kam noch zu den Gewalttaten durch die »Rassenforscher_innen« und der zu verrichtenden Zwangsarbeit (vgl. Pientka, 2013: 207 ff.)

»Daraufhin wurden 600 Menschen festgenommen und auf das Gelände gebracht. Es handelte sich dabei um eine Brachfläche zwischen Bahngleisen und Feldern zur Aufbereitung der städtischen Abwässer, wodurch das Grundwasser stark verunreinigt war.«



Bei dem Verfolgungsplan wird die Essenzialisierung (vgl. Rommelspacher, 2009) vermeintlicher Eigenschaften deutlich, welche kriminalisiert und dann als Legitimationsgrundlage für Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung genommen wurden. So konnten Bezirksbürgermeister Siedlungen in ihren Stadtteilen denunzieren ohne eine konkrete Gefahr zu nennen, die von dort ausging. Die reine Existenz der dort lebenden Personen stellte für sie eine Gefahr dar (vgl. Pientka, 2013: 36).

Bei der Verhaftungsaktion wurden auch Personen aus ihren festen Wohnungen geholt und ins Zwangslager gebracht, was die Inkonsistenz dieser rassifizierenden und essenzielisierenden Rechtfertigungspraxen deutlich macht. Generell kamen die meisten Internierten tatsächlich aus Berlin. Patricia Pientka stellt damit die Annahme als falsch heraus, dass Antiziganismus durch die »Fremdheit des Anderen« entstünde und lediglich »die Verarbeitung ethnischer Differenz« bedeute (vgl. ebd.:15).

5. November 2018

Rassistische Bedrohung in der U5

In der U5 zwischen Kaulsdorf Nord und Kienberg bedroht ein weißer Mann mittleren Alters mit neonazistischer Bekleidung einen nicht-weißen Jugendlichen mit folgenden Worten: „Warte nur bis du aussteigst, dann haue ich dich.“

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH



30. März 2018

Frau rassistisch belästigt

Am S-Bahnhof Wuhletal wurde eine Frau von zwei Männern mit "Scheiß Ausländer" und "Scheiß Frauen" beschimpft. Sie folgten der Frau in die S-Bahn, setzten sich zu ihr und belästigten sie weiter.

Quelle: Gemeinschaftsunterkunft Maxie-Wander-Straße / Register Marzahn-Hellersdorf



Zwangscharakter und Anerkennung

Wer sich vergegenwärtigt, dass der »Pharrajmos« (Völkermord an Sinti_ze und Rom_nja) vom deutschen Staat erst 1982 politisch anerkannt wurde, wird ahnen können, wie schwer die Kämpfe sind, die Betroffene bis heute führen. Die Befreiung vom Naziregime stellt somit für Sinti_ze und Rom_nja die Einleitung einer zweiten Phase der Verfolgungsgeschichte da, welche von Kämpfen um Anerkennung als Opfer und später um Bleiberecht² geprägt ist. Auf politischer und rechtlicher Ebene wurde alles getan, um Wiedergutmachungszahlungen zu umgehen. Dafür wurden die betroffenen Personen weiterhin kriminalisiert mit den gleichen rassifizierenden Begründungen und Strategien aus der NS-Zeit (vgl. Rose, 1980: 46).

Nach 1945 waren die Verfolgten selbst dafür verantwortlich ihren Opferstatus nachzuweisen. Im Gegensatz zu anderen Opfergruppen gab es weder auf alliierter, noch auf deutscher Seite Organisationen, die sich für die Entschädigungen und Aufarbeitung der Gräueltaten spezifisch an Sinti_ze und Rom_nja einsetzten (vgl. Pientka, 2013: 46 f). Reimar Gilsenbach zufolge hätten viele ehemals Internierte nach der Befreiung durch die sowjetische Armee schnell das Land verlassen oder würden von ihren Möglichkeiten der Entschädigung nicht wissen. Denjenigen wenigen Überlebenden, welche sich noch in Deutschland befanden, wurde dieser Nachweis extrem schwer gemacht und war durch fortlaufende Stigmatisierung auf institutioneller Ebene häufig re-traumatisierend für die Betroffenen. Außerdem trafen sie auf diesem langen Weg immer wieder auf die Täter, die nach 1945 häufig darüber entschieden, wer Opfer ist und welche Orte Tatorte sind, indem sie als Gutachter_innen oder »Ex-

pert_innen« eingestellt waren (vgl. Pientka, 2013: 194 f/ Rose, 1980: 47). Gilsenbach verhalf nicht nur einigen Opfern in der DDR dazu teilweise Entschädigungen zu erhalten, sondern sorgte 1967 außerdem für die Anerkennung des »Rastplatzes-Marzahn« als KZ-ähnliches Zwangslager. Zwar war das Zwangslager in Marzahn nicht eingezäunt, jedoch ständig von Polizisten mit Hunden bewacht, und es gab keine Möglichkeiten sich auf der riesigen Brachfläche zu verstecken, geschweige denn die Aussicht von Anwohner_innen in Marzahn Unterschlupf gewährt zu bekommen (vgl. Pientka, 2013: 193). Eine Strategie Entschädigungszahlungen zu umgehen, war die Nicht-Anerkennung von Orten, an denen Sinti_ze und Rom_nja interniert und deportiert wurden. Zum Beispiel waren polnische »Ghettos«, in die Juden und Jüdinnen eingepfercht wurden, plötzlich keine mehr, als nach ihrer Deportation Sinti_ze und Rom_nja dort hingebracht wurden (vgl. Rose, 1980: 52). Als Inhaftierung durch die Nazis – was eine Voraussetzung für Entschädigung war, galt nämlich zunächst nur die Internierung in einem KZ. Wer also nicht im (offiziell anerkannten) KZ, bzw. in einem KZ-ähnlichen Zwangslager war, bekam keine Entschädigung, und die wenigen, die ein KZ überlebten, nur die Entschädigung für diesen Zeitraum.

Die meisten Gerichte gestanden eine Entschädigung meistens erst nach H. Himmlers „Auschwitz-Erlass“ zu, durch den ab 1942 endgültig alle Sinti_ze und Rom_nja ermordet werden sollten. Davor sei die Verfolgung und Ermordung nicht aufgrund von rassifizierenden, sondern aus strafrechtlichen Gründen erfolgt (vgl. Rose, 1980: 52).

2 Bleiberecht ist ein anderes sehr schwerwiegendes Thema, um das viele Sinti_ze und Rom_nja bis heute kämpfen. Durch das »Reichsbürgergesetz« verloren sie zusammen mit Juden und Jüdinnen ihre deutsche Staatsbürgerschaft (vgl. Rose, 1980, S. 13). Fürchterlich ist demnach der Beigeschmack, wenn Sinti_ze und Rom_nja, die in Deutschland aufgewachsen sind, in vermeintlich sichere Herkunftsstaaten abgeschoben werden. Das Thema angemessen zu bearbeiten ist in diesem Artikel leider nicht möglich.

Die Stigmatisierung als sogenannte „Asoziale“ verfolgt viele Sinti_ze und Rom_nja bis zum heutigen Tage. „Asoziale“ war eine eigene Haftkategorie in den meisten Konzentrationslagern, die Menschen zugeschrieben wurde, welche nach der NS-Ideologie nicht der „Volksgemeinschaft“ entsprachen. Dazu wurden auch Sinti_ze und Rom_nja gezählt. Um sie entsprechend zu kennzeichnen, wurde ihrer Kleidung das schwarze Dreieck aufgenäht (Werner-von-Siemens-Werkberufsschule, 2016). Als einzige Gruppe unter den Verfolgten mussten sie neben einer antifaschistisch-demokratischen Grundhaltung und einem Wohnsitz in der DDR zusätzlich beim Arbeitsamt erfasst sein (vgl. Pientka, 2013: 190). Ihre Ungleichbehandlung führte sich dadurch fort, und auch im Westen hatte das Stigma der „Asozialität“ weiterhin Bestand. Betroffenen wurden Entschädigungen in Bezug auf das Bundesentschädigungsgesetz verwehrt. Auf Grundlage von polizeilichen Akten aus der NS-Zeit schloss der Bundesgerichtshof die Verfolgung und Ermordung von Sinti_ze und Rom_nja aus „rassischen“ Gründen aus (vgl. ebd.: 194). Sie seien hingegen aus „sicherheitspolizeilichen und kriminalpräventiven“ Gründen verfolgt worden. Praxen wie das Vorzeigen gefälschter Papiere, wodurch Menschen ihr Leben versuchten zu retten, waren für ihre Verfolger Indizien für ihre „Kriminalität“ und „Asozialität“. Wenige Jahre später bezogen sich die Wiedergutmachungsbehörden darauf, wenn sie Entschädigungen verwehrten (vgl. Rose, 1987: 49).

Jedes Jahr im Juni findet auf dem Parkfriedhof in Marzahn, der sich neben dem ehemaligen Gelände des Zwangslager befindet, eine Gedenkveranstaltung statt.

Jedes Jahr im Juni findet auf dem Parkfriedhof in Marzahn, der sich neben dem ehemaligen Gelände des Zwangslager befindet, eine Gedenkveranstaltung statt. Dort steht ein Gedenkstein, zu dem sich die DDR Regierung auf Bemühen von Gilsenbach und Bruno Schottstädt hat bewegen lassen. Da bei der Verlegung keine Überlebenden anwesend waren und sie auch eher als Prestige-Veranstaltung für das Regime instrumentalisiert wurde (vgl. Pientka, 2013: 200), kam auf Veranlassung von Otto Rosenberg eine weitere Gedenkplatte hinzu. In den letzten Jahren legte Petra Rosenberg dort in Gedenken an die Opfer den Blumenkranz am Gedenktag nieder. Sie ist als Nachfolgerin ihres Vaters amtierende Vorsitzende des Landesverbandes.

Von Anbeginn der Kämpfe um Rechte und Anerkennung erhielten Sinte_za und Rom_nja kaum Unterstützung auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene, weshalb sie darauf angewiesen waren sich selbst zu organisieren und für die eigenen Rechte einzutreten.

Es ist wichtig und uns ein Anliegen, dass junge und erwachsene Menschen mehr über die Geschichte und Gegenwart von Sinti_ze und Rom_nja erfahren. Eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und Gegenwart bilden gegenwärtig Bleiberechtskämpfe der Nachfahren ehemals Verfolgter. Dies wird in dem Film „Gelem, Gelem – wir gehen einen langen Weg“ gut dargestellt und dokumentiert.

In einem Text wie diesem ist es wichtig Sinti_ze und Rom_nja als eine Personengruppe zu nennen, dabei sollte aber nicht in den Hintergrund geraten, wie unterschiedlich die Lebenswelten der einzelnen Personen sind. Sinti_ze und Rom_nja sind in allen Bereichen der Gesellschaft vertreten und dies sollte mehr Repräsentation erhalten.

Damit geht die Forderung nach einem Ende der Stigmatisierung und nach Bleiberecht für alle illegalisierten Personen

Lilith Kanzler



↑

19. April 2018

Rassistische Pöbele U-Bahnhof Hellersdorf

Gegen 08:00 Uhr beleidigte ein Mann eine Frau rassistisch und sexistisch am U-Bahnhof Hellersdorf.

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH

Quellen:

Enzensberger, Ulrich (2002): Otto Rosenberg - Das Brennglas, Aufzeichnungen von Ulrich Enzensberger, o.O: Verlag Klaus Wagenbach

Pientka, Patricia (2013): Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn: Alltag, Verfolgung und Deportation, Berlin: Metropol Verlag

Rommelspacher, Birgit (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter und Paul Mecheril (Hg.): Rassismuskritik, Rassismustheorie und –forschung. Schwalbach: Wochenschau, S.25-38

Rose, Romani (1987): Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Witthohn, Vera (1989): Soziale Arbeit mit Sinti und Roma im historischen Prozeß, Diplomarbeit an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, ohne Angabe des Studienfach

Internet:

Landesverband deutscher Sinti und Roma (2019): Gedenkstätte Zwangslager Marzahn [online] <https://www.sinti-roma-berlin.de/index.php/gedenkort.html> [09.09.2019]

Werner-von-Siemens-Werkberufsschule, Schule in freier Trägerschaft der Siemens AG (2016): Gefangenen Kategorien [online] <http://projekt-ravensbrueck.de/frauenkonzentrationslager/gefangenen-kategorien.aspx> [09.09.2019]

Film:

Allegra Schneider, Selamet Prizreni, Dörthe Boxberg, Jean-Philipp Baeck, Bernd Mathis (2018): Möglichst Freiwillig: <http://dokuplus.org> (Trailer)

Monika Hielscher, Mathis Heeder (1991/2): Gelem Gelem – wir gehen einen langen Weg

Die antirassistische Registerstelle der ASH Berlin

Was sind die Registerstellen?

Registerstellen dokumentieren rassistisch, antisemitisch, LGB-TIQ¹-feindlich, rassistischen gegen Roma_nja oder Sinti_ze, rechtsextrem, rechtspopulistisch und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Personen bei verschiedenen Anlaufstellen gemeldet, die Berliner Registerstellen sammeln und werten diese aus. Auf der Internetseite werden die Chroniken veröffentlicht (www.berliner-register.de).

Ziel der Register ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von rechtsextremen Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Polizeistatistiken beziehen Register daher nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern auch niedrigschwellige Vorkommnisse werden aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen.

Die Registerstelle an der ASH

Die Alice Salomon Hochschule positioniert und engagiert sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung. Dennoch kann es hier – wie überall – zu Diskriminierungen oder Anfeindungen kommen. So gab es etwa im Umfeld der Hochschule immer wieder Fälle rechter Propaganda. 2013 wurde deshalb eine Registerstelle an der ASH eingerichtet, wo jede_r Vorkommnisse – aus der Hochschule oder auch aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf – melden kann. Die Registerstelle der ASH arbeitet mit den Berliner Registerstellen zusammen.

Kontakt zur Meldung von Vorfällen und persönliche Beratung

Email: arreg@ash-berlin.eu

Post: Im Eingangsbereich an der Pforte befindet sich ein blauer Briefkasten über den ihr – auch anonym – Kontakt aufnehmen könnt.

persönlich in den Sprechzeiten: aktuelle Öffnungszeiten während der Vorlesungszeit erfahrt ihr im Internet.
(In der vorlesungsfreien Zeit erreicht ihr das Register am Besten per Mail.)

Wie kann ich mich am Register beteiligen?

Das Register funktioniert nur mit Eurer Hilfe: Wir möchten alle Adressat_innen, Betroffene und Zeug_innen von rassistischen, antisemitischen, LBGTIQ-feindlichen, rechtsextremen oder anderen diskriminierend motivierten Vorfällen ermutigen, diese zu melden. Das können extrem rechte Aufkleber sein, ein rassistischer Spruch an der Supermarktkasse gegen Sinti_ze oder Rom_nja oder eine heterosexistische(homophobe) Bemerkung in der Lehrveranstaltung. Die Vorfälle werden – auch anonym – aufgenommen und mit Zustimmung der Betroffenen in der Chronik der Berliner Register eingetragen und veröffentlicht. Auch alle anderen Situationen, in denen es zu diskriminierenden Handlungen oder Äußerungen kommt, sollen gemeldet werden. Falls gewünscht werden wir zu Beratungs- und Anlaufstellen vermitteln.



Beratungsstellen und weitere Initiativen in Berlin

- ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus: www.reachoutberlin.de
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: www.mbr.de
- Amaro Foro e.V.: www.amaroforo.de
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg www.abnd.de
- Gays and Lesbians aus der Türkei e.V.: www.glad.de
- LesMigraS: www.lesmigras.de
- KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt: www.kop-berlin.de
- KUB – Kontakt und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.: www.kub-Berlin.org
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.: www.mrb.de
- Flüchtlingsrat Berlin: www.fluechtlingsrat-berlin.de
- Jeder Bezirk in Berlin hat eine Registerstelle, um Vorfälle zu dokumentieren und Diskriminierung und Gewalt sichtbar zu machen: www.berliner-register.de

12. Januar 2018

Diskriminierung von Romnja im Jobcenter

Nachdem eine Kundin des Jobcenters Marzahn-Hellersdorf beim persönlichen Vorsprechen abgewiesen worden war, rief diese beim Jobcenter an. In seinem letzten Schreiben im Dezember 2017 hatte das Jobcenter die Einreichung von Krankenversicherungsnachweisen für die ganze Familie gefordert. Ursächlich dafür war aber nicht ein Versäumnis der Kundin, sondern ein interner Fehler des Jobcenters, weil die Familie dort fälschlicherweise eine Zeit lang mit jeweils zwei Versicherungsnummern registriert worden war. Darüber hinaus forderte das Jobcenter einen Nachweis darüber, dass die Frau auch weiterhin mit ihrem (verheirateten) Ehemann zusammenlebt. Dieser bezieht nicht Leistungen nach SGB II, sondern nach SGB XII (Sozialamt). Zur Weiterbewilligung von Leistungen ab Januar 2018 wurde zudem noch die Einreichung eines Gehaltsnachweises für Juli 2016 eingefordert. Darüber hinaus sollte die Frau noch einmal die bereits zuvor zweimal eingereichten Gehaltsnachweise für Juni 2017 bis Dezember 2017 erneut einreichen. Andernfalls könnten Leistungen nicht bewilligt werden. Weil am Tag der persönlichen Vorsprache der Kopierer im Jobcenter defekt war, wurde der Frau mitgeteilt, sie solle die Krankenversicherungsnachweise zu Hause kopieren und nochmal per Post schicken. Erst dann könne über den Anspruch entschieden werden. Dies wurde von der Mitarbeiterin auch so im internen Computerprotokoll des Jobcenters vermerkt. Die Familie mit einem Kind mit einer Behinderung wohnt in einer Notunterkunft und ist auf die pünktliche Auszahlung der Kostenübernahme angewiesen, um nicht auf der Straße zu landen.

Quelle: Amaro Foro

¹ LBGTIQ steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer. Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homo-, bi-, trans-, inter oder queere Menschen richten.

Jahresrückblick 2018

Im Jahr 2018 wurden in Marzahn-Hellersdorf 182 extrem rechte und/oder diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Noch 2016 lag die Anzahl mit 355 Vorfällen deutlich höher. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl konstant geblieben (2017: 187). Im Berliner Durchschnitt ist hingegen ein Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Vorkommnisse um 22 Prozent zum Vorjahr zu verzeichnen.¹

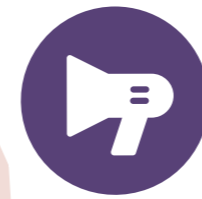
Motive der Vorfälle

Die jeweiligen Motive der Geschehnisse sind nicht immer klar einzuordnen. Es finden sich viele Formen von Ungleichheitsvorstellungen als Ursache wieder, die nicht zwangsläufig Teil eines geschlossenen rechten Weltbildes sind. Am häufigsten treten rassistisch motivierte Vorfälle auf.

Die Täter*innen sind nicht ausschließlich dem organisierten rechten Spektrum, wie der Neonazi-Szene, zuzuordnen. Betroffenen von den Vorkommnissen sind zumeist Migrant*innen, Menschen auf der Flucht und Andere, die als nicht-weiß und somit nicht-deutsch markiert werden. Auch demokratische Politiker*innen sowie engagierte Bürger*innen sind Ziel von Diffamierungen und Bedrohungen. Weitere Fälle betreffen eine Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ*² (3), Menschen, die als Rom*ja und Sinti*zze wahrgenommen werden (6) sowie wohnungslose (2), jüdische (6) und muslimische Menschen (11).

¹ Siehe: <https://www.berliner-register.de/content/pressemitteilung-zu-den-ergebnissen-f%C3%BCr-das-jahr-2018>

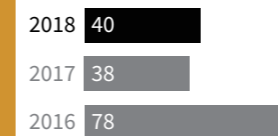
² LGBTIQ* steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer. Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homo-, bi-, trans- und intersexuelle oder queere Menschen richten.



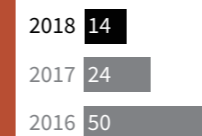
Propaganda



Bedrohung



Angriffe



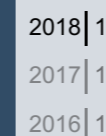
Veranstaltungen



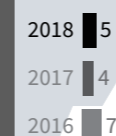
Sachbeschädigung



BVV



Sonstiges



Art der Vorfälle

Die meisten Vorkommnisse sind wie im Vorjahr sogenannte Propaganda-Vorfälle (2018: 116 / 2017: 111). Hierzu zählen u.a. diskriminierende oder nationalsozialistische Sticker und Sprühereien. Darunter war häufig Propaganda der extrem rechten Gruppe »Identitäre Bewegung« vertreten. Die Anzahl der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien ist unverändert hoch (2018: 40 / 2017: 38).

Allerdings ist ein Rückgang von Angriffen zu verzeichnen (2018: 14 / 2017: 24), die jedoch wie in den vergangenen Jahren überwiegend rassistisch motiviert waren. Betroffen sind zumeist Menschen auf der Flucht und ihre Unterkünfte. Eine mögliche Ursache für den Rückgang der Angriffe ist der seit einiger Zeit laufende Betrieb der Unterkünfte. Die erste Welle rassistischer Proteste und Empörung ist inzwischen abgeklungen. Gleichzeitig gab es strafrechtliche Verfolgungen einzelner Angreifer*innen.

Die Zahl rechter Veranstaltungen im öffentlichen Raum ist ebenfalls gesunken (2018: 3 / 2017: 7). Im Jahr 2016 wurden noch 57 Veranstaltungen registriert. Die damals wöchentlich stattfindenden rassistischen Demonstrationen sind dauerhaft eingestellt. Rechte Aktivitäten haben in Marzahn-Hellersdorf dennoch nicht nachgelassen. Die Formen sind nur andere. Dazu zählen neben den oben genannten z.B. das Verteilen rechter Zeitschriften oder Briefwurfsendungen, Kommentare im Social-Media-Bereich oder Sachbeschädigungen.

Folgende Arten von Vorfällen werden im Register dokumentiert:

Propaganda

Aufkleber, Plakate, Transparente, Sprühereien, Flugblätter, Hitlergruß wenn er nicht gezieht gegen Personen gerichtet ist, Bekleidung, Schmuck, Tattoos mit rechtsextremen Inhalten.

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien

Sprüche und Beschimpfungen, Parolen rufen, Anti-Antifa-Fotografen, Aufkleber mit Klingen darunter, Hitlergruß der sich an Menschen richtet die politische Gegner_innen sind.

Angriffe

Körperverletzung und versuchte Körperverletzung, massive Bedrohungen, Angriffe auf Wohnhäuser, in denen sich Menschen befinden – gleiche Zuordnung wie in der ReachOut Chronik.

Veranstaltungen

Demonstrationen, Konzerte, Informationsstände, interne und öffentliche Veranstaltungen bei denen sich rassistisch, antisemitisch oder rechtsextrem geäußert wird.

Sachbeschädigung

z.B. Beschädigungen an Gedenktafeln und zerstörte Fensterscheiben.

BVV

Wortmeldungen und Anträge der NPD in der BVV – auch bei lokalpolitischen Themen mit anschließendem Internetbericht und nur in den Bezirken, in denen die NPD in der BVV vertreten ist.

Sonstiges

schwer zuordenbare Fälle, die gemeinsam mit allen Registerstellen diskutiert werden.

Orte der Vorfälle

Wie im Vorjahr wurden auch 2018 die meisten Vorfälle im Orts-
teil Hellersdorf-Nord dokumentiert (mindestens³ 53). Auffällig
ist, dass fast die Hälfte davon rund um den U-Hellersdorf sowie
den Alice Salomon Platz festgestellt wurden. Ein Grund hierfür
könnte sein, dass das Berliner Register bei Hochschulangehö-
rigen besonders bekannt ist, somit öfter Meldungen getätigt
werden als in anderen Regionen. Weiterhin herrscht hier seit
Jahren ein besonders hohes Spannungsverhältnis zwischen so-
zialen Problemen, dem Engagement gegen rechts aus der Alice
Salomon Hochschule heraus, Protesten von Neonazis gegen
neu entstandene Unterkünfte sowie zivilgesellschaftlichem En-
gagement.

In der Region Marzahn-Nord wurden mindestens 36 Vorkomm-
nisse registriert (2017: 17), v.a. im Bereich des S-Ahrensfelde.
Hier wurden besonders oft Sticker mit menschenverachtenden
Inhalten gemeldet. Die erhöhte Aktivität, vor allem im Bereich
der Klansdorfer Straße, lässt darauf schließen, dass aktive Neo-
nazis in der Region ansässig sind. In Marzahn-Mitte sowie Mar-
zahn-Süd gab es jeweils knapp über 20 Vorkommnisse. Damit
sind vor allem in Marzahn-Mitte vergleichsweise weniger Aktivi-
täten festgestellt worden (2018: 21/ 2017: 41). Betroffen sind vor
allem der S-Marzahn sowie der Helene-Weigel-Platz. Generell
lässt sich feststellen, dass vor allem in der Nähe von größeren
Bahnhöfen und Umsteigeplätzen die Häufigkeit der Meldun-
gen steigt (neben o.g. Bahnhöfen mindestens fünf Vorfälle am
Cottbuser Platz, drei am Elsterwerdaer Platz, drei am Cecillien-
platz). In Hellersdorf-Ost wurden weniger Aktivitäten als 2017
registriert (2018: 3 / 2017: 17). Weitere Vorfälle, vor allem im
Bereich der Propaganda, ereigneten sich auf Internetseiten von
lokalen rechten Akteuren (7 Meldungen).

3 Es kann nur eine Mindestanzahl angegeben werden, da einige Meldungen, u.a. zum
Schutz von Betroffenen und ihren Adressen, ohne genauere Region eingetragen wur-
den. Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

»Schutzzone« Marzahn-Hellersdorf

Die NPD konzentriert sich seit Sommer 2018 auf ihre bundes-
weite »Schutzzonen«-Kampagne. Hierbei kleiden sich die Neo-
nazis in Warnwesten und geben vor, durch den jeweiligen Stadt-
teil zu patrouillieren. Ziel sei es, »Deutsche zu schützen«, da der
Staat diese Aufgabe nicht »richtig« übernehme. Inwieweit es
tatsächlich zu längeren Patrouillen kommt, ist unklar. Wichtig
scheint der NPD vor allem, die Kampagne mit Fotos von »Schutz-
zonen«-Aktivitäten auf ihrer Homepage zu bewerben. Die Akti-
onen der »Schutzzone« dienen insbesondere der Einschüch-
terung. Mit der Kampagne versucht sich die NPD eine eigene
polizei-ähnliche Struktur aufzubauen, um extrem rechte und
diskriminierende Interessen im öffentlichen Raum zu vertreten.

2018 sind in Marzahn-Hellersdorf fünf dieser »Schutzzonen«-Ak-
tionen dokumentiert wurden:

- 13.07.2018: Foto vom NPD-Kreisvorsitzenden in Marzahn-
Hellersdorfer Andreas K. und dem NPD-Kreisvorsitzenden in
Charlottenburg-Wilmersdorf Oliver N. vor einem Transporter
mit dem »Schutzzonen«-Aufdruck am S-Springpfuhl.
- 30.08.2018: der NPD-Bundesvorsitzende Frank F., Oliver N.
sowie die NPD-Kreisvorsitzende von Barnim und der Ucker-
mark Aileen R. verteilen Flyer und Taschenalarme vor der
Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule in Hellersdorf-Nord.
- 08.09.2018: Andreas K. und Lars N. sowie weitere Neonazis,
u.a. aus Neukölln, patrouillieren über das Erntedankfest in
Alt-Marzahn.
- 29.11.2018: fünf Personen im »Schutzzonen«-Outfit am
S-Bahnhof Marzahn, u.a. Rene U., Anmelder zahlreicher
rassistischer »Montagsdemonstrationen« der vergangenen
Jahren und Andreas K..
- 06.12.2018: »Schutzzonen«-Gruppe am S-Marzahn sowie im
Einkaufszentrum Eastgate.

Wie im Rest Berlins wurden diese Aktionen stets von NPD-Ange-
hörigen aus der ganzen Stadt durchgeführt. Eine größere Grup-
pe Aktiver aus Marzahn-Hellersdorf ist somit nicht festzustellen.



Bereits im November 2017 wurde Andreas K. von der lokalen NPD zum Vorsitzenden der Berliner NPD gewählt. Am 30.06.2018 führten Lars N. und Andreas K. einen Informationsstand am Anger in Alt-Marzahn durch. Insgesamt war der Marzahn-Hellersdorfer Kreisverband aber neben den Aktivitäten zur »Schutz-zonen«-Kampagne im Jahr 2018 relativ inaktiv. NPD-Mitglieder aus Marzahn-Hellersdorf beteiligten sich dennoch an berlin- und bundesweiten Kundgebungen und Demonstrationen (u.a. Aufruf zu zwei Kundgebungen unter dem Motto »Kriegstreiberei stoppen« am 03.02.18 sowie 18.04.18 vor dem Kanzler*innen-amt, Teilnahme am 01.05.2018 beim NPD-Aufmarsch in Erfurt, Teilnahme am »Tag der Nation« am 03.10.18 in Berlin-Mitte).

Rechter aus Marzahn verlagert Aktivitäten nach Mitte

Wie bereits 2017 fielen auch 2018 Enrico S. aus Marzahn und Kay H. mit der Organisation rechter Demonstrationen in Berlin-Mitte auf. Am 03.10.2018 organisierten sie mit ihrer Organisation »Wir für Deutschland« den sogenannten »Tag der Nation« mit ca. 2000 Teilnehmenden. Die Ordneraufgaben wurden u.a. von der

NPD Berlin übernommen. Weniger mobilisierungsstark waren eine Spontandemonstration »Gegen den Migrationspakt« sowie ein Aufmarsch am 09.11.2018. Aufgrund der geringen Resonanz der letzten Demonstration, kündigten Enrico S. und Kay H. an, zukünftig nur noch die »Tag der Nation«-Versammlung zu organisieren.

Die NPD konzentriert sich seit Sommer 2018 auf ihre bundesweite »Schutz-zonen«-Kampagne. Hierbei kleiden sich die Neonazis in Warnwesten und geben vor, durch den jeweiligen Stadtteil zu patrouillieren.

2. Mai 2018

Diskriminierung im Supermarkt

Ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Marzahn-Nord wurde beim Betreten eines Supermarkts von einer Kassiererin grundlos des Diebstahls beschuldigt. Die Angestellte teilte ihre diffamierende Unterstellung auch Kolleginnen und Kollegen mit. An der Kasse fielen dann weitere Bemerkungen, die der Geflüchtete nicht genau verstand, aber mutmaßlich im selben Zusammenhang standen. Nach Angaben des Betroffenen ist dieselbe Angestellte bereits in der Vergangenheit durch diffamierende Unterstellungen in Erscheinung getreten.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

←

Neonazis wird der Prozess gemacht

Am 19.06.2018 und 03.07.2018 kam es im Amtsgericht Tiergarten zu einem Prozess wegen der »Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten«. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, am späten Abend des 20.08.2015 in Berlin-Marzahn selbstgebastelte Fackeln entzündet und diese über den Zaun der Unterkunft für Geflüchtete am Blumberger Damm geworfen zu haben. Die Fackeln sind glücklicherweise zum Teil von selbst erloschen oder konnten von den Bewohner*innen der Unterkunft gelöscht werden. Initiator des Angriffs soll laut Anklageschrift Steven K. gewesen sein. Neben ihm waren sechs weitere Personen angeklagt. Alle waren an die Gruppe »Bündnis deutscher Hools« (BDH) angebunden, die sich in Anlehnung an »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) 2015 in Berlin gründete. Vier Angeklagte verweigerten die Aussage und zeigten keinerlei Reue. Steven K. gab an, aus der Naziszene ausgestiegen zu sein. Auch seine Rolle beim Angriff verharmloste er. Einer gab an, nie im BDH aktiv gewesen zu sein. Nach zwei Prozesstagen wurden folgende Urteile gesprochen: Enrico S. (Freiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung), Robin P. (Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu 15 €), Steven K. (Freiheitsstrafe von neun Monaten, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung - unter Einbezug einer Strafe aus einem vorherigen Verfahren), Danny B. (40 Tagessätze von je 10 €), Mirko W. (Freispruch). Der Prozess gegen Beate R. wurde eingestellt und der Verhandlungstermin von Andre M. verschoben. Der verurteilte Täter Robin P. legte 2017 als DJ auf dem zentralen Demokratie-Wagen der »Spaceparade« in Marzahn Hellersdorf auf. Die »Spaceparade« wurde u.a. vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz organisiert.

Wiederkehrende Vorfälle

Am 12.01.2018 wurde das »Haus der Befreiung« an der Landsberger Allee mit Farbe beschmier. Bereits in den vergangenen Jahren kam es hier zu Schmierereien.

Am 02.05.2018 wurde ein Gedenkstein für Nguyễn Văn Tú, der am 27.04.1992 von einem Neonazi ermordet wurde, mit Beton übergossen. Kurze Zeit später entfernten Unbekannte den Stein. Bereits 2017 wurden Teilnehmende der Gedenkveranstaltung für Nguyễn Văn Tú von Neonazis bedroht.

Im Juni ereigneten sich erneut zwei Vorfälle vor einem Imbiss am Cottbusser Platz, der bereits in der Vergangenheit als Treffpunkt von Anhänger*innen der rechten Szene auffiel. Vor bzw. im Imbiss wurden am 10.06.2018 Nazigrüße gerufen. Vor der gleichen Lokalität wurde am 03.06.2018 bereits eine Person von zwei Imbissgästen bedroht, die sich kurz zuvor über Hitler unterhielten.

Der »Flügel« der AfD

Der Bezirksverband der AfD wird weiterhin von Mitgliedern des rechten Parteiflügels dominiert. Zentraler Akteur ist Gunnar Lindemann, der für die Partei im Abgeordnetenhaus sitzt. Er zeigte sich u.a. für die Organisation von Veranstaltungen des »Flügels« (z.B. 2017 mit Björn Höcke in einem Restaurant nahe der Station Riesaer Straße) verantwortlich. Ebenfalls für den Bezirksverband im Abgeordnetenhaus sitzt Jessica Bießmann, die im Herbst 2018 von der AfD-Fraktion ausgeschlossen wurde. Grund dafür sind Fotos, die sie am 10.10.18 veröffentlichte. Auf diesen ist Bießmann selbst abgebildet, im Hintergrund befinden sich Weinflaschen mit Bildern von Hitler auf dem Etikett. Nach der »Führerweinaffäre« blieb Jessica Bießmann ihrer Tätigkeit im Abgeordnetenhaus über drei Monate fern ohne sich für den Zeitraum abzumelden.⁴ Kritik erhielt sie, weil sie ihre monatliche Abgeordnetendiät (3.944 €) sowie Geld für ihr Büro (2.492 €) trotz Abwesenheit weiter kassierte.

In der BVV konzentriert sich die AfD-Fraktion weniger auf Sacharbeit und mehr auf politische Propaganda. Am 30.05.2018 verließen Nicole Blank und Steffen Richter die BVV-Fraktion wegen interner Streitigkeiten, sodass die AfD nur noch 13 statt der bisherigen 15 Sitze innehat. Vor allem in den sozialen Netzwerken, wie Facebook, ist die Partei sehr aktiv. Daneben wurde die zweite Ausgabe der Einwurfzeitung »Der kleine Populist« herausgebracht, die durch rassistische Beiträge auffiel.

Antifaschistisches Gedenken

Am 26.01.2019 verhinderten Teilnehmende des bezirklichen »Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus«, dass die AfD Marzahn-Hellersdorf einen Kranz ihrer Partei auf dem Parkfriedhof Marzahn niederlegen konnte. In diesem Zusammenhang versuchten AfD-Mitglieder sich aggressiv Zugang zum »Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Zwangsarbeit 1939–1945« auf dem Parkfriedhof Marzahn zu verschaffen, was ihnen nicht gelang. Außerdem betrat u.a. Gunnar Lindemann (AfD) einzelne Grabplatten verstorbener Zwangsarbeiter*innen vor dem Denkmal. Im Nachhinein nutzte die AfD die Vorkommnisse für eine Große Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung am 21.02.2019. Im Fokus standen dabei vor allem die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) sowie die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (LINKE). In seinen Ausführungen zum Antrag betrieb der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Rolf Keßler, eine deutliche Täter-Opfer-Umkehr. So behauptete er, dass Überlebende des Nationalsozialismus (in Anspielung auf die VVN-BdA) nach der NS-Zeit häufig selbst zu Tätern geworden seien. Zudem bezeichnete das AfD-Fraktionsmitglied Joachim Nedderhut die VVN-BdA und andere Teilnehmer*innen der Gedenkveranstaltung als »Gestalten der roten SA«. Die Mitglieder aller anderen Fraktionen bezogen Stellung gegen diese Täter-Opfer-Umkehr und kritisierten die AfD-Fraktion für ihre beleidigenden Aussagen insbesondere gegen die Bürgermeisterin. Dennoch blieb eine Solidarisierung mit der Aktion von Antifaschist*innen am 26.01.2019 aus.

Vor allem in den sozialen Netzwerken, wie Facebook, ist die AfD sehr aktiv. Daneben wurde die zweite Ausgabe der Einwurfszeitung »Der kleine Populist« herausgebracht, die durch rassistische Beiträge auffiel.

Ausblick

Obwohl die Anzahl der Vorfälle im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2016 zurückgegangen ist, bewegen sie sich dennoch auf einem hohen Niveau. In diesem Jahr blieben Gegenaktivitäten von antifaschistischen und antirassistischen Engagierten allerdings weitgehend aus. Besorgniserregend sind vor allem Vorfälle wie am 17.06.2018 (ein Mann klettert über den Zaun einer Unterkunft und beleidigt die Bewohnenden) sowie eine bewaffnete Bedrohung von Bewohner*innen einer Gemeinschaftsunterkunft am 30.06.2018. Diese Ereignisse zeigen, dass das Gewaltpotential gegen Menschen auf der Flucht und die, die dafür gehalten werden, weiterhin vorhanden ist. Die im Bezirk lebenden Geflüchteten sind somit weiterhin massiven Einschüchterungen ausgesetzt.

Weiterhin ist die AfD Marzahn-Hellersdorf in der Bezirksverordnetenversammlung sowie im Abgeordnetenhaus vertreten. Teile des Bezirksverbandes gehören offen dem rechten »Flügel« der Partei an. Immer wieder fallen Mitglieder der Fraktion durch rechte Aktivitäten auf und nehmen, wie Gunnar Lindemann, an rechten Demonstrationen teil.⁵ Trotzdem ist Lindemann mittlerweile Mitglied im Heimatverein Marzahn oder darf Bürger*innen-Dialoge im Stadtteilzentrum Mosaik durchführen. So werden Menschen, die von der Politik der AfD betroffen sind, aus den Räumen ausgeschlossen. Außerdem werden hierbei antidemokratische und rechte Inhalte öffentlich zur Schau gestellt - ohne nennenswerte Gegenwehr im Bezirk.

Die demokratischen Akteure müssen sich deutlicher für eine offene Gesellschaft positionieren. Dies ist vor dem Hintergrund der Europawahl und den Wahlergebnissen in Brandenburg und Sachsen besonders wichtig. Dabei gilt es, menschenfeindlichen Inhalten und ihren Vertreter*innen Kontra zu bieten.

⁵ siehe: <https://www.antifa-berlin.info/node/1197>
<http://www.taz.de/AfD-in-Berlin-Marzahn/!5347875/>
<https://www.berliner-kurier.de/berlin/kiez---stadt/gunnar-lindemann-so-peinlich-aeussert-sich-ein-berliner-afd-mann-ueber-die-aleppo-opfer-25298260>



↑

6. Mai 2018

Rassistische Bedrohung in Biesdorf

Familie im Schlosspark Biesdorf rassistisch beleidigt. Die Familie wartete nach der rassistischen Beleidigung im Café des Schlossparks Biesdorf bis der Angreifer scheinbar verschwunden war. Dieser wartete jedoch am Eingang des Schlossparks, um die Familie weiter zu verfolgen. Erst als die Familie per Telefon die Polizei rief, verschwand der Angreifer in eine Nebenstraße. Die Familie erstattete Anzeige gegen Unbekannt.

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH

»Antifa bleibt Handarbeit«

- zu antifaschistischer¹ Gemeinwesenarbeit

Gemeinwesenarbeit heißt auch antifaschistische Arbeit, sowohl gegen Gewalt und Hetze im Kiez als auch gegen diskriminierende Gesetze und Praktiken des Staates.

Gemeinwesenarbeit als Handlungsfeld antifaschistischer Arbeit? Dies hört sich im deutschen Kontext als eher undenkbar an, denn die Gemeinwesenarbeit hat in den letzten Jahrzehnten immer mehr den Ruf einer neoliberalen und herrschaftssichernden Praxis bekommen. Quartiersmanagement, Stadtteilarbeit und offene Sprechstunden sind Arbeitskontexte, die kritische Sozialarbeitsstudent_innen eher vergraulen, als dass sie verlockend klingen dort antifaschistische Arbeit leisten zu können. Mit Hilfe von »Ressourcenaktivierung, partizipativer Projektarbeit und Empowerment«² sollen Menschen und Gruppen im Sozialraum zu aktiver Mitgestaltung ihrer Gemeinwesen angeregt werden. Im Rahmen von Gemeinwesenarbeit sollen zivilgesellschaftliche und menschenrechtsorientierte Strukturen geschaffen und lokale Strategien zur Etablierung dieser entwickelt werden.³ Darüber hinaus aber scheint viel zu sehr in Vergessenheit geraten zu sein, dass Gemeinwesenarbeit ein viel radikaleres politisches Handlungskonzept ist, das einen kollektiven Ansatz im Interesse einer Gemeinschaft voraussetzt. So kann durch die Organisation im Kiez gemeinsam gegen steigende Mieten, für mehr Barrierefreiheit oder gegen rassistische Kontrollen gekämpft werden. Gemeinwesenarbeit heißt auch antifaschistische Arbeit, sowohl gegen Gewalt und Hetze im Kiez als auch gegen diskriminierende Gesetze und Praktiken des Staates. Der Versuch Sozialräume zu verändern und Demokratisierungsprozesse anzuregen, wird als politische Gemeinwesenarbeit verstanden, die ihren Ursprung unter anderem in Ansätzen des Community-Organizing hat.⁴ Um sich von neoliberalen oder offen reaktionären Formen abzugrenzen, wird auch oft von revolutionärem, bzw. transformativem Community-Organizing gesprochen. Die Grundlage der letzteren Form ist jeglicher Unterdrückung entgegen zu stehen.⁵ Die nachbarschaftlich organisierte militante Arbeiterbewegung Ende des 19. Jahrhunderts, Arbeitslosenorganisationen der 30er Jahre,

¹ Antifaschismus beschreibt »eine Bewegung, die sich praktisch einsetzt gegen gesellschaftliche und soziale Ausgrenzungen und Ungleichheiten, gegen Aggression auf zwischenstaatlicher und gesellschaftlicher Ebene, für demokratische und soziale Rechte und Freiheiten für alle Menschen eines Landes, um deren gesellschaftliche Partizipation nicht nur formal, sondern auch real zu ermöglichen. Dabei gilt es immer wieder neu zu fragen, welche gesellschaftlichen und sozialen Probleme Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Ausgrenzungen und die Schaffung von diskriminierenden gesellschaftlichen Feindbildern (...) bieten.« (Schneider 2014: 9f)



die Bürgerrechtsbewegung in den 60ern und darauf folgende feministische Bewegungen sind einige zu nennende Beispiele, die einen transformativen Community-Organizing Ansatz hatten und wichtige Beispiele für das Erlernen und Aktivieren von Basisorganisation sein können.⁶ Unter der hier gegenwärtigen Praxis des transformativen Community-Organizings sind »eine kritische Analyse der und eine grundsätzliche Opposition gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, eine explizit politische Basisarbeit, konfrontative Politikformen und die Etablierung einer organisationsübergreifenden, grenzenlosen und praktischen Solidarität«⁷ zu fassen.

Den Faschos nicht den Raum geben

Gemeinwesenarbeit kann dazu beitragen eine antifaschistische Gemeinschaft zu schaffen, um neonazistischen Bestrebungen wie der Umsetzung von sogenannten »National befreiten Zonen« und »deutschen Kiezen« entgegen zu wirken. Erst im letzten Jahr erhielt der Dortmunder Stadtteil Dorstfeld vermehrt als sogenannter »Nazikiez« mediale Aufmerksamkeit.⁸ Auch in Marzahn-Hellersdorf wird derzeit immer wieder rechte Propaganda

25. August 2018

Rassistischer Angriff in der S-Bahn

In der S7 Richtung Ahrensfelde ist es in der Nacht von Freitag auf Samstag (zwischen 01:00 und 02:00 Uhr) zu rassistisch motivierten Beleidigungen und Angriffen gegen mehrere Personen gekommen. Ein offenbar alkoholisierte Mann mittleren Alters randalierte in der S7 zwischen Nöldnerplatz und Lichtenberg und beleidigte zwei Personen rassistisch. Als die zwei Personen am Bahnhof Lichtenberg die S-Bahn verließen, richtete der Mann seine Wut auf einen anderen Mann und beschimpfte auch diesen rassistisch. Schließlich trat er sogar mehrfach nach dem jungen Mann. Daraufhin kamen zwei couragierte Mitfahrer dem jungen Mann zur Hilfe und gingen dazwischen. In der Folge wurde die Polizei verständigt, die den Täter am S-Bahnhof Springpfuhl festnahm. Das Opfer hat offenbar keine Verletzungen davongetragen.

Quelle: Augenzeug_in / Register Marzahn-Hellersdorf

←

unter anderem mit Aufschriften wie »National befreite Zone« gesichtet.⁹ Für die Soziale Arbeit an solchen Orten, die auch als »No-go-Areas« oder »Angsträume« bezeichnet werden, gibt es bereits seit Jahren Handreichungen, in denen beschrieben wird, wie wichtig es ist mit Personen aus der Nachbarschaft an einer solidarischen Perspektive zu arbeiten¹⁰ und Betroffene zu unterstützen.

Das ist umso notwendiger, weil Rechte in Teilen bereits erfolgreich Gemeinwesenarbeit gekapert haben. So besetzten 2017 Aktivist_innen aus dem neonazistischen Spektrum in Dortmund ein Haus und erklärten dort ein »Zentrum für Deutsche« als Gegenstück zu »überfremdeten« Jugendzentren eröffnen zu wollen.¹¹ Insbesondere in ländlichen Regionen zeigen Projekte und Arbeitsgemeinschaften wie »Netzwerk Landraum«, dass es sich hierbei nicht um einzelne Träger handelt, »sondern dass hier eher davon ausgegangen werden muss, das alte und neue Strukturen Synergieeffekte auszubilden vermögen«¹². Die neurechte italienische Casa Pound Bewegung (CPI) hat es bereits geschafft, die staatliche Anerkennung als gemeinnützige Organisation zu erhalten. Dadurch stehen sie rechtlich auf der gleichen Stufe wie das Internationale Rote Kreuz oder andere gemeinnützige Organisationen.¹³ So bietet CPI rund um die Uhr erreichbare Sorge-Telefonhotlines unter anderem für Sozialberatung an. Des Weiteren veranstalteten sie Spendenläufe mit Jugendlichen, richteten eine Konferenz zu den Folgen von Erwerbsarbeitslosigkeit aus und bieten Geburtsvorbereitungskurse für werdende Eltern an. Insbesondere die Gruppe Gr.I.Me.S (Il Gruppo intervento medicina sociale di CPI = die sozialmedizinische Interventionsgruppe der CPI) bietet niedrigschwellig soziale Hilfen an, die »durch die Anwendung einer Art »Community-Organising«-Praxis von Rechts ausformuliert und in seinem Erfolg als Leuchtturm für die extreme Rechte weltweit dient«¹⁴.

Soziale Arbeit ist politisch – zum Scheinargument des Neutralitätsgebots

Ob in der Wohngruppe, dem Erwerbslosentreff oder der Sozialberatung gibt es die Möglichkeit politische Themen zu verhandeln und bei rechtem Gedankengut kritisch zu intervenieren. Neben der wichtigen Thematisierung von Sexismus, Rassismus und Homo- und Trans*diskriminierung und dem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus durch die AfD, kommt die Kritik an der Sozialpolitik der Partei im Kontext der Sozialen Arbeit oft zu kurz, obwohl jene verschränkt miteinander gesehen werden müssen. So versucht die AfD immer wieder mit vermeintlich sozialen Inhalten Wähler_innen aus der Arbeiter_innenklasse anzusprechen, auch wenn diese nicht zu ihrem Kernklientel zählen.¹⁵ Während Gauland und Konsorten versuchen die Interessen deutscher Arbeiternehmer_innen in einer rassistischen Argumentation gegen Geflüchtete auszuspielen, plädiert der Sozialwissenschaftler Sebastian Friedrich dafür sich innerhalb einer neuen Klassenpolitik nach »gemeinsamen Orten des Widerstandes [auszurichten], an denen die Spaltungen entlang »ethnischer«, »kultureller« oder »geschlechtlicher« Grenzziehungen überwunden werden können«¹⁶. Es gilt die Einflüsse aus Arbeiter_innenbewegung, feministischen und antirassistischen Kämpfen aufzugreifen und zu verweben, um »mittel- und langfristig Grundlagen für ein linkes gesellschaftliches Projekt zu schaffen«¹⁷.

Mit dem ‚Neutralitätsgebot‘ versuchen rechte Akteur_innen menschenrechtsorientierte und antifaschistisch ausgerichtete soziale Träger in den letzten Jahren vermehrt zu diskreditieren. So wurde in der Vergangenheit gegen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit versucht den fachlichen Auftrag nach Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, §11, politische Bildungsarbeit zu leisten, mit Indoktrination gleichzusetzen.¹⁸ Dabei fordern rechtliche Rahmenbedingungen im SGB VIII und die Berufsethik der Sozialen Arbeit, dass junge Menschen zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung und sozialem Engagement angeregt werden sollen. So schließt dies laut Dieckmann »eine kritische Haltung zu gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen mit ein«¹⁹. Dies sollte selbstverständlich nicht nur für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gelten.

Daher fordern wir, dass Soziale Arbeit antifaschistisch sein muss, um rechter Ideologie keinen Raum zu geben und, dass antifaschistische, bzw. transformative Community-Organizing Ansätze weiterentwickelt und gefördert werden müssen.

Leyla Morgen



2 Bringt/Klose/Trube 2014: 12 f.
3 vgl. ebd.
4 Bringt/Klose/Trube 2014: 12 f.
5 Maruschke 2014: 9
6 vgl. ebd. 10f.
7 Maruschke 2014: 11
8 vgl. Ayyadi/Lauer 2018
9 vgl. Berliner Register 2018
10 vgl. Belltower News 2008
11 vgl. Grigori/Trebing 2018: 135
12 Grigori/Trebing 2018: 138
13 vgl. Grigori/Trebing 2018: 142
14 Grigori/Trebing 2018: 142
15 vgl. Friedrich 2017: 90f.
16 Friedrich 2017: 139f.
17 Ebd.
18 vgl. Dieckmann 2018
19 ebd.

↑
20. November 2018

Frau gemobbt und rassistisch beleidigt

Eine alleinerziehende Schwarze Frau ist in ihrer Wohnung in Hellersdorf-Nord von Nachbar_innen wiederholt massiv gemobbt und rassistisch angefeindet worden. Auslöser waren vermeintliche Ruhestörungen, die dem Ordnungsamt von Nachbar_innen gemeldet wurden. In ihrem Briefkasten fand die Frau im November einen Zettel ohne Absender oder Unterschrift, in dem sie u.a. als "Parasit" bezeichnet wurde. Eine andere Formulierung lautete: "Hast du schon in Deutschland gearbeitet du Schmarotzer?!!!! Hartz4-Schmarotzer". Der Druck der Nachbarschaft führte schließlich zur Kündigung der Wohnung durch die Vermieterin.

Quelle: Augenzeug_in / Register Marzahn-Hellersdorf

Literaturverzeichnis

Ayyadi, K./Lauer, S. (16.05.2018): Dortmund–Dorstfeld. Das Westdeutsche Hauptquartier der Neonazi-Szene? URL: <https://www.belltower.news/dortmund-dorstfeld-das-westdeutsche-hauptquartier-der-neonazi-szene-47766> [Stand 06.03.2019].

Berliner Register (2018): Chronik für Register Marzahn-Hellersdorf. URL: https://www.berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf?field_datum_value%5Bvalue%5D%5Byear%5D=2018 [Stand 05.03.2019].

Belltower News (2008): Angsträume in Berlin. URL: <https://www.belltower.news/angstraume-in-berlin-28970> [Stand 05.03.2019].

Bringt, F./Klose, B./Trube, M. (2016): Gemeinwesenarbeit und Demokratie. URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2016-02-gemeinwesenarbeit_und_demokratie.pdf [Stand 21.02.2019].

Dieckmann, M. (2018): Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche. Berliner Zustände 2018. URL: <https://rechtsausen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechtspopulistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche> [Stand 26.02.2019].

Friedrich, S. (2017): Die AfD. Analysen - Hintergründe - Kontroversen. Berlin: Bertz + Fischer GbR.

Grigori, E./Trebing, J. (2018): Jugend an die Macht – Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen »Identitäre Bewegung« und »KontraKultur«. In: Boehnke, L./Thran, M./Wunderwald, J. (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung. Wiesbaden: Springer VS. Maruschke, R. (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung. Münster: edition assemblage.

Schneider, U. (2014): Antifaschismus. Köln: PapyRossa Verlag.

Das Projekt EmpA – Empowerment, Sensibilisierung und antirassistische Öffnung

Wozu Empowerment gegen Rassismus?

Rassismus ist eine Alltagserfahrung vieler internationaler Studierender und Studierender mit Fluchterfahrung. Er gibt sich oft ganz schlaue oder zeigt sich subtil, ist jedoch immer unnötig und meistens anstrengend. Rassismus überschneidet sich auch mit anderen Diskriminierungsdimensionen, zum Beispiel (Hetero-) Sexismus, Klassismus oder der (zugeschriebenen) religiösen Zugehörigkeit. Empowerment ist das »Gegengift« und hat den Anspruch, Strategien im Umgang mit Rassismus zu entwickeln um letztlich die Gesellschaft zu verändern.

Warum an der Alice Salomon Hochschule?

Die Alice Salomon Hochschule hat sich in ihrem Leitbild der »gleichberechtigten und gleichgewichtigen Teilhabe aller Hochschulangehörigen« verschrieben und wünscht sich einen respektvollen, offenen, fairen und verlässlichen Umgang miteinander. Damit wir dem Erreichen dieses Ziels etwas näherkommen, gibt es das Projekt »Empowerment für Studierende of Color, Sensibilisierung und antirassistische Öffnung«, kurz: EmpA. Empowerment und Sensibilisierung, wie kann das gehen?

Empowerment und Sensibilisierung, wie kann das gehen?

Ein erster Schritt ist, dass sich so viele Menschen wie möglich vernetzen: sowohl Studierende, die Rassismus erleben und mehr über Empowerment erfahren möchten, als auch alle, die wirklich verstehen möchten, wie Rassismus funktioniert, was das mit ihnen selbst zu tun hat, und die sich wirksam dagegen einsetzen wollen.

Sprich uns an, wenn du...

- *dich im Studienalltag stärken und vernetzen möchtest.*
- *interessiert an Workshopangeboten (Kompetenzen gegen Rassismus, Sprache und Empowerment, Schreiben und Empowerment, Verbündete gegen Rassismus sein etc.) bist.*
- *Ideen und Vorschläge hast und in die Praxis umsetzen möchtest, wie Rassismus an der Hochschule abgebaut werden kann.*

Kontakt

EmpA – Empowerment, Sensibilisierung und antirassistische Öffnung

Alice Salomon Hochschule Berlin - University of Applied Sciences
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

empowerment@ash-berlin.eu
<https://www.ash-berlin.eu/internationales>

Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf



Das zentrale Anliegen der Koordinierungsstelle ist es für die Themen Rassismus, extreme Rechte und Diskriminierungsformen jeglicher Art zu sensibilisieren und ihnen (präventiv) entgegenzuwirken. Sie fördert eine demokratische Kultur, bringt Akteure zusammen, stärkt Engagierte, moderiert kommunale Verständigungsprozesse, bietet Anlass bezogene Informationen und Analysen, entwickelt bzw. vermittelt praxisorientierte Fortbildungen und stärkt Beteiligungsstrukturen in Marzahn-Hellersdorf. Initiativen, Einrichtungen, Fachkräfte, Engagierte aus Politik und Verwaltung sowie Privatpersonen finden hier Unterstützung bei Ihrem Engagement.

Seit 01.01.2019 nutzt die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf (bisher »Polis*«) die bisherigen Strukturen von Ponte zur Aufklärung über extrem rechte und demokratiegefährdende Erscheinungsformen im Bezirk und der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements. Die Stelle wurde vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf eingerichtet. Aktueller Träger der Koordinierungsstelle ist seit Jahresbeginn die pad gGmbH mit Sitz in Hellersdorf.

Die konkreten Aufgaben der bezirklichen Koordinierungsstelle sind einerseits die kontinuierliche Analyse extrem rechter sowie demokratie- bzw. menschenfeindlicher Phänomene, Strukturen und Netzwerke und andererseits die Vernetzung und Unterstützung der bezirklichen Akteure bei der Realisierung von Maßnahmen und Projekten zur Abwehr dieser Phänomene, Strukturen und Netzwerke.

↑

29. Januar 2018

Beschimpfungen und Verfolgung vor Flüchtlingsunterkunft

Auf seinem Weg von der S-Bahnhof Station Raoul-Wallenberg-Straße in die Flüchtlingsunterkunft wurde ein Bewohner von einer Gruppe Männern unter anderem mit den Ausdrücken "Scheiß-Ausländer" und "Scheiß-Flüchtling" beschimpft. Als der Bewohner in die Unterkunft rannte, wurde er von einem der Männer verfolgt und am Rucksack festgehalten. Der Bewohner konnte sich aus dem Griff lösen und rettete sich in die Unterkunft, in die ihm der Angreifer nicht weiter folgte.

Quelle: Unterkunft für Flüchtlinge,
Bitterfelder Str. 11 / Register Marzahn-Hellersdorf

Kontakt

Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf c/o JFE UNO, Märkische Allee 414, 12689 Berlin

Web: <http://ponte.pad-berlin.de> (vorläufige Website)
Facebook: www.facebook.com/ProjektPonte
Twitter: <https://twitter.com/PonteMaHe>
E-Mail: ponte@pad-berlin.de
Tel./WhatsApp: 0152/31 77 13 83

LaLoka wiedereröffnet

Der Verein Refugees Emancipation ist seit Jahren in Marzahn-Hellersdorf aktiv. Die Gruppe baut selbstorganisierte Internetcafés in Asylunterkünften oder in ihrer Nähe auf. 2014 wurde das LaLoka am Boulevard Kastanienallee zusammen mit Hellersdorf Hilft e.V., der studentischen Initiative Grenzen_weg und Kudapo e.V. gegründet – unweit der Unterkunft in der Carola-Neher-Str. Im Jahre 2017 folgte die Eröffnung eines weiteren Internetcafés speziell für geflüchtete Frauen auf der Marzahner Promenade.

Für 2020 hat die Deutsche Wohnen zugesichert nach einer passenden Folge-lösung zu suchen.

Das LaLoka musste im Dezember 2018 vorübergehend schließen. Der Verein Refugees Emancipation wollte den Mietvertrag von dem bisherigen Trägerverein übernehmen. Die Wohnungsgesellschaft »Deutsche Wohnen« weigerte sich allerdings einen neuen Vertrag anzubieten. Sie begründete dies unter anderem mit Berufung auf eine Umfrage von Studierenden der ASH, nach der sich die Anwohnenden mehr Einzelhandel am Boulevard wünschen.¹ Diese Umfrage war im Projekt Interfix entstanden, indem Studierende Bewohner_innen des Boulevards sowie der Asylunterkunft befragten, wie sich der Kiez wünschenswerterweise entwickeln solle. Das Projekt Interfix

lief unter Kooperation mit der Deutsche Wohnen, die auch die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben. Ergebnis der Befragung war tatsächlich, dass sich viele Einkaufsmöglichkeiten wünschen. Allerdings wurde auch ein Bedarf an Treffpunkten und Freizeitangeboten festgestellt. Außerdem wird das LaLoka im Projektbericht auch als wichtiger Partner genannt.² Warum also gerade dieser Treffpunkt keinen Platz mehr am Kastanienboulevard haben sollte, bleibt fraglich. Nach Protest und auch mit bezirklicher Unterstützung ist nun vorerst ein neuer Vertrag zwischen der Deutsche Wohnen und Refugees Emancipation zu Stande gekommen. Am 1. April konnte das LaLoka an alter Stelle wiedereröffnen. Dort darf es bis mindestens zum Ende des Jahres bleiben. »Das war eine wundervolle Nachricht für uns« berichtet Eben Chu von Refugees Emancipation. Für 2020 hat die Deutsche Wohnen zugesichert nach einer passenden Folge-lösung zu suchen.

Die zwei Internetcafés in Marzahn und Hellersdorf freuen sich über freiwillige Unterstützung. »Wir möchten ein Sprachcafé organisieren und suchen auch Menschen, die grundlegende Computerkenntnisse vermitteln können«, so Eben Chu.

Kontakt

Beide Treffpunkte sind täglich nachmittags geöffnet:

LaLoka
Boulevard Kastanienallee, Schneebergerstr. 17
12627 Berlin

Refugees Emancipation Women's Space Marzahn,
Marzahner Promenade 45, 12679 Berlin

Kontakt: info@refugeesemancipation.com

¹ <https://www.morgenpost.de/bezirke/marzahn-hellersdorf/article216382109/Fluechtlingstreff-LaLoka-muss-doch-nicht-ausziehen.html>

² <https://opus4.kobv.de/opus4-ash/frontdoor/deliver/index/docId/165/file/Dokumentation+Interfix+am+Boulevard+Kastanienallee+Berde+et+al+2017.pdf>



↑

10. Oktober 2018

LGBTIQ*-feindliche Beleidigung in Hellersdorf

An der Tram-Haltestelle Hellersdorf wird eine Person LGBTIQ*-feindlich beleidigt. Kurz darauf spuckt der Mann der betroffenen Person vor die Füße.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

»Immer wieder?«

- Eine Ausstellung thematisiert die Kontinuität der extremen Rechten und gesellschaftlicher Gegenwehr in Berlin

Im April 1992 kommt es in Marzahn zu einem tödlichen Angriff. Aufmerksame Leser_innen der »Dunkelziffer Unbekannt« werden den Fall kennen. Damals berichtete das Antifaschistische Infoblatt: »Am Freitagabend des 24. April 1992 überfiel eine Gruppe von jugendlichen Rassisten vietnamesische HändlerInnen (...). Ihr Opfer, der Vietnamese Tu, war an jenem Abend zu Besuch in Berlin. Er wollte einen seiner Freunde vor dem Einkaufszentrum am Brodowiner Ring aufsuchen, als er sah, wie eine Gruppe deutscher Jugendlicher auf seinen Freund und andere VietnamesInnen, die Textilwaren verkauften, einschlugen und ihre Stände umtraten. Tu wollte mit den Jugendlichen diskutieren. Er versuchte ihnen zu erklären, dass sie kein Recht hätten so zu handeln. Der Angreifer (...) geriet darüber anscheinend in Zorn und stach Tu plötzlich mit einem Butterfly-Messer in die Brust. Tu brach blutend zusammen.«¹ Die Geschichte von Nguyễn Văn Tú und der Erinnerung an ihn ist nun Teil einer Ausstellung mit dem Titel »Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945«, die vom antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin gemeinsam mit dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin konzipiert wurde.

Seit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 und den flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen scheint die extreme Rechte in der Bundesrepublik präsent wie nie zuvor. Tatsächlich ist sie jedoch kein neues Phänomen – auch nicht in Berlin. Bereits wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus entstehen deutschlandweit erneut extrem rechte Parteien und Organisationen. Sie vertreten einen radikalen Nationalismus und lehnen die Demokratie ab. In West-Berlin lassen sich diese Aktivitäten schon sehr früh nachvollziehen. In Ost-Berlin setzt in den späten 1980er-Jahren eine öffentliche Auseinandersetzung um den erstarkenden Neonazismus ein. Von Beginn an gibt es auch Widerstand und Protest gegen den erstarkenden Neonazismus. Neben den Reaktionen des Staates fordern verschiedene antifaschistische Akteure stetig einen offensiven Umgang mit der Berliner Neonaziszene. Sie dokumentieren neonazistische Aktivitäten, stellen sich den Aufmärschen auf der Straße entgegen



oder üben auf andere Art und Weise Gegenwehr. Die Ausstellung erzählt exemplarisch von zehn Ereignissen, die unterschiedlichen Aktionsfeldern der extremen Rechten in Berlin zuzuordnen sind, sowie von dem gesellschaftlichen Widerstand dagegen. In der Zusammenschau aller Stationen wird erkennbar, dass extrem rechte Akteure schon immer versucht haben, gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen und ihre »Feinde« kompromisslos zu bekämpfen: auf dem Wege der außerparlamentarischen und parteipolitischen Organisation, mittels einer strategischen Besetzung von Räumen, durch Angriffe auf Gedenkorte, mit

¹ <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/berlin-marzahn-nguy%E1%BB%85n-van-tu-erstochen>

22. September 2018

Übergriff auf polnischen Obdachlosen

Zwei Sicherheitsmitarbeiter der S-Bahn verletzten gegen 21 Uhr am Bahnhof Ahrensfelde einen 34-jährigen Mann aus Polen. Zunächst weckten sie den schlafenden Wohnungslosen, dann schlug einer der zwei Mitarbeiter dem Mann offenbar ins Gesicht und der andere Mitarbeiter stieß ihn zu Boden, wobei der 34-Jährige Verletzungen im Gesicht und am Knie erlitt. Ein Zeuge filmte die Tat und rief die Bundespolizei. Die alarmierten Beamten leiteten ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen die beiden deutschen Sicherheitsmitarbeiter ein.

Quelle: Bundespolizeidirektion Berlin / Register Marzahn-Hellersdorf

→

Demonstrationen und Aufmärschen, in den Fußballstadien und immer wieder auch durch Gewalt und Terror. Im öffentlichen Bewusstsein ist diese Kontinuität extrem rechten Denkens und Handelns hingegen kaum. Nach wie vor wird die deutsche Nachkriegsgeschichte als zwar hürdenreicher, aber doch stetiger Aufstieg vom Dunkel ins Licht erzählt: als demokratische Erfolgsgeschichte, die in einer nachhaltigen Überwindung der nationalsozialistischen Vergangenheit gründet. Insofern ist die Ausstellung weniger eine umfassende Gesamtdarstellung des Themas, sondern vielmehr eine geschichtspolitische Intervention. Sie soll eine breite Öffentlichkeit daran erinnern, dass extrem rechte Phänomene in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu keiner Zeit eine randständige Erscheinung gewesen sind. Nicht zuletzt ist die Ausstellung auch ein Denkmal für die zahllosen Menschen, die nach 1945 in Berlin und andernorts für eine offene und demokratische Gesellschaft gekämpft haben – und auch in Zukunft immer wieder kämpfen werden.

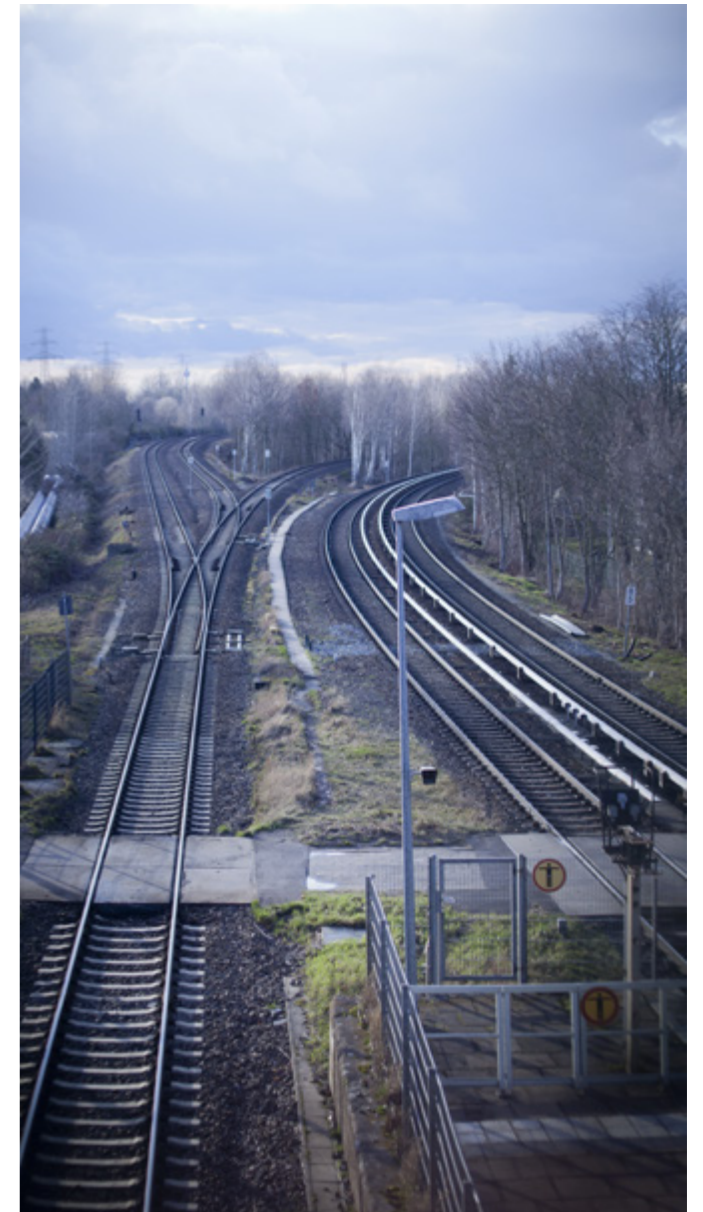
Vera Henßler

Ihr möchtet die Ausstellung in Euren Räumen zeigen?

Setzt Euch gern mit unseren Partner*innen vom Aktiven Museum in Verbindung: info@aktives-museum.de

Aktuelle Informationen zu weiteren / zukünftigen Ausstellungsorten unter:

- <https://www.apabiz.de/immer-wieder>
- <https://www.aktives-museum.de/aktuelles>



24. April 2018

LBGT*IQ-feindliche Bedrohung in Hellersdorf

Die betroffene Person wurde auf dem Weg von der Haltestelle U5 Hellersdorf in die ASH von drei Männern erst angerempelt, dann mit dem Satz »Du scheiß Transe« und »Ich möchte dir die Beine brechen« beleidigt und bedroht und bis zum Eingangsbereich der ASH verfolgt.

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH

→



h...ule Berlin

Gemeinsam Nazis und Rassismus
entgegentreten - hier & überall



gefördert durch:

